

Belarus Context Bulletin

Belarussische Diaspora in Österreich. ZVR-Zahl 1115677599

Si vis pacem para bellum *Marcus Tullius Cicero*

Si vis pacem para pacem *John Noble*

Ein echter Krieg beginnt immer plötzlich *Ein wenig bekannter Drache*

I believe it is peace for our time *Neville Chamberlain*

Im Rahmen eines abgestimmten Spiels tauschen die Spieler Botschaften aus
T. Schelling

Vorwort

Sehr geehrte Leser,

diese Ausgabe widmet sich dem Spiel um den Osten, Botschaften und dem Krieg. Wir gehen davon aus, dass Sie mit der Spiel- und Konflikttheorie vertraut sind. Daher sehen wir davon ab, alle im Text verwendete Fachtermini mit Definitionen zu versehen. Jedoch werden wir einige Definitionen doch erwähnen, um Doppeldeutigkeiten zu vermeiden.

Unter einem **Spiel** verstehen wir jegliches Zusammenwirken mehrerer Personen oder Gruppen, welche jede für sich im Rahmen dessen, bestimmte Vorteile oder Ressourcen beanspruchen will. Ein Spiel mit Anwendung grober Gewalt, der Androhung solcher bzw. wenn die Existenz einer der Seiten bedroht ist, bezeichnen wir als **Krieg**. Im Krieg ist es nicht zwingend, dass geschossen wird, Panzer fahren oder Hubschrauber fliegen. Die Drohung einer Verstaatlichung eines Unternehmens ist ebenso eine kriegerische Handlung.

Unter dem **Spiel um den Osten** verstehen wir die Ereignisse rund um Belarus, wo neben dem belarussischen Volk europäische Staaten, Russland und viele anderen Personen und Gruppen involviert sind. Wir haben diesen Begriff in Anlehnung an Das

große Spiel (The Great Game) gewählt. Einer Periode des Kampfes zwischen dem Russischen Reich und dem Britischen Empire um den Einfluss in Zentralasien. Beide Prozesse sind in ihrer Komplexität und Anzahl der Akteure sehr ähnlich. Es fällt auf, dass in beiden Fällen ein sonst uninteressantes Territorium zum Schlüssel für langfristige Trends in der Region oder sogar in der Welt wird.

Die **Botschaften** sind die Hauptbestandteile jedes Spiels, sei es Schach, eine gerichtliche Auseinandersetzung oder ein Familienstreit. Selbst zwei Soldaten bei Verdun, haben Botschaften ausgetauscht, wonach der eine dem anderen vorgeschlagen hat, zu sterben, während sie aufeinander schossen. Die Botschaften können von den Spielern jeweils anders verstanden werden. Dabei ist der Kontext, der Blickwinkel und zusätzliche Informationen wichtig, die dem Spieler zur Verfügung stehen.

Schließlich möchten wir das Prinzip **Si vis pacem para bellum** und seine Variante **Si vis pacem para pacem** erörtern. Das sind zwei Varianten des Ausdrucks derselben Gedanken und keine These und Antithese, wie manche denken mögen. Aus 4000 Jahren Erfahrung ist bekannt; wer Frieden um jeden Preis will und für wem der Frieden Selbstzweck und kein Mittel zum Zweck ist, bekommt im Endeffekt entweder Krieg oder einen solchen Frieden, der für ihn tödlich ist und ihm zwingt, zum Selbstschutz einen Krieg zu beginnen.

Eine Bereitschaft zum Frieden verpflichtet zum Schutz und Ausgleich der Interessen aller Seiten. Dies kann komplizierter und teurer sein, als einen Krieg zu führen. John Noble führt aus, dass es keine andere Möglichkeit gibt, als ein System zu erschaffen, der auf der Vormachtstellung des Gesetzes beruht, wenn man auf Frieden vorbereitet sein möchte. Die Festigung der Vormachtstellung des Gesetzes führt jedoch unweigerlich zu Konflikten. Wenn ein Akteur zur Lösung dieser Konflikte nicht fähig ist, ist er für den Frieden nicht bereit und erhält einen Krieg.

Die Botschaften

Die vergangene Zeit war reich an Botschaften, die die Teilnehmer des Spiels um den Osten untereinander ausgetauscht haben. Wir sind davon überzeugt, dass die meisten dieser Botschaften Ihnen bekannt sind und Sie sie aus Ihrer Sicht zu interpretieren wissen. In dieser Ausgabe erklären wir, wie sie der durchschnittliche Belaruse versteht.

Besuch von Swetlana Tihanovskaya in Wien

Es ist bekannt, dass der Besuch von Tihanovskayas Gruppe durch ICEUR im Auftrag des österreichischen Außenministeriums organisiert wurde. Formell war die Aufgabe von ICEUR, die belarussische Delegation zu befragen, einen Eindruck über ihre Tätigkeitsvorhaben zu gewinnen, diesen zu bewerten und die Regierung über die Resultate der Befragung zu informieren. Dies war der wichtigste Teil des Besuchs. Nicht der Besuch des Parlaments, Fotoshooting mit dem Bundeskanzler oder das Treffen auf der Straße mit Belarussen, die in Wien wohnen. Wir möchten Sie in diesem Zusammenhang auf folgende Gesichtspunkte aufmerksam machen.

- (1) ICEUR verfügt über keine Expertise in Belarus. Bei allem Respekt vor unzähligen Titeln der Mitglieder von ICEUR, erlauben wir uns, das zu behaupten. Die Organisation kennt zweifelsohne Russland, Ukraine, insbesondere Herr Obst. Hölzl. Aber bei Belarus ist das leider nicht der Fall. Analoge Schlüsse funktionieren hier leider nicht. Alle drei Länder sind verschieden. Arbeitserfahrungen in einem Land kann man auf das andere nicht übertragen. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, was bei den Wahlen in Belarus geschehen ist, hat ICEUR Andrej Sannikov, Franak Vetschorka, Alexander Romantchuk und Valerij Cepkalo im August 2020 kurz interviewt. Die Tiefe der Kenntnisse über Belarus beschränken sich mit den angesprochenen Interviews, sowie durch ein Mal pro Jahr abgehaltene Vorträge mancher belarussischer Politikwissenschaftler. Folglich ist ICEUR in keiner Weise fähig, selbstständig die Aussagen von belarussischer Seite zu analysieren. Die Organisation verfügt aber über gut gepflegte Kontakte zum russischen Establishment.
- (2) Es soll angemerkt werden, dass von der belarussischen Seite neben Swetlana Tihanovskaya Franak Vetschorka (Tihanovskayas Gruppe), Veronika Cepkalo (Cepkalos Gruppe; Frau und Vertrauensperson von Valerij Cepkalo) und Ivan Kravcov (Babarikos Gruppe) anwesend waren. Das sind die stärksten und ernstzunehmenden Spieler von der Seite des belarussischen Volkes.
- (3) ICEUR hat es nicht beabsichtigt, Vertreter der österreichischen Zivilgesellschaft und Vertreter der belarussischen Diaspora zum runden Tisch einzuladen. Selbst dem Vertreter der ÖGB wurde eine Teilnahme verwehrt, obwohl Kontakte zu Gewerkschaften unerlässlich sind, um Druck in Form von Streiks auf Lukaschenkos Gruppe auszuüben. Denn ihre empfindlichste Druckstelle sind die Staatsbetriebe, die für den Export arbeiten. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Belarussen nicht dafür eingeladen wurden, um sie zu hören, sondern nur, um ihnen was zu verkünden. Angebote zu verkünden, und zwar solche, die nicht öffentlich verlautbart werden

dürfen.

- (4) Als Folge des Treffens mit der belarussischen Delegation, hat Herr Bundeskanzler eine Erklärung abgegeben. Sie enthielt neben üblichen, nichts bedeutenden diplomatischen Phrasen zwei sehr wichtige Punkte:
 - a) [...] Angesprochen auf die Rolle österreichischer Unternehmen hieß es aus dem Bundeskanzleramt, dass diese “auch ein Fenster nach Europa” seien, “das man gerade jetzt nicht schließen sollte” [...]
 - b) Auf Twitter: “[...] foster an inclusive dialogue leading to free and fair elections [...]”
- (5) Beinahe zeitgleich, am 11.11.2020, hat der Wiener The International Institute for Peace (IIP) eine Diskussion organisiert (<https://www.iipvienna.com/event-calendar/2020/11/11/belarusrussia-ukraine-between-the-common-past-and-an-uncertain-future>), wo der Politikwissenschaftler Yauheni Preiherman teilgenommen hat. Er hat sich sehr für einen “inklusiven Dialog” eingesetzt. Selbstverständlich mit Teilnahme von Lukaschenkos Gruppe.
- (6) Am 24.11.2020 organisiert schon die WKO ein Webinar (<https://www.wko.at/service/Veranstaltung.html?id=598f-4f3b-b2c7-2fd5254bc385>): “[...]Bei diesem gemeinsam mit der Schneider Group organisierten Webinar werden die Wirtschaftsbeziehungen, ein Update zur aktuellen Situation sowie welche Möglichkeiten sich für österreichische Unternehmen in Belarus ergeben, dargestellt.”

Eine durchaus umfangreiche und bestimmte Botschaft, nicht wahr?

Wie liest sich diese Botschaft für einen durchschnittlichen Belarussen?

Der durchschnittliche Belaruse sagt sich: “Verstehe, schon wieder Realpolitik! In den Hinterzimmern und stillen Kämmerchen wurde beschlossen, alles beim Alten zu belassen. Business as usual, also. Kredite von OeKB sollen laufen, Primetals mit BMZ arbeiten, das Mautsystem für Straßen der Firma Kapsch schnelles Geld generieren. Über das nächtliche Minsk soll stolz das Giebelkreuz leuchten und schließlich soll Herr Kostyuchenko, Chef der Priorbank, die als Unternehmen eine große Affinität zur Gruppe Lukaschenko hat, Honorarkonsul der Republik Österreich in Belarus bleiben.”

“Vielleicht”, denkt er, “wurden den Anführern des Widerstands folgendes angeboten: entweder sie setzten sich an den Verhandlungstisch mit Lukaschenko und haben zumindest eine illusorische Chance, das Schicksal des Landes zu beeinflussen, oder

eine Junta reißt die Macht an sich. Der Widerstand wird sich dann nur mit einer nichts bedeutenden Exilregierung trösten müssen. Sie haben daher das erstere gewählt. Ein verzweifelter Schritt. Vielleicht gelingt es doch, Lukaschenko zu übertrumpfen und das Land ihrem Volk zurückzugeben. Dafür bräuchten sie aber das ganze Glück der Welt.", resümiert er und betet für dieses Glück denjenigen an, an den er gewöhnlich seine Gebete richtet.

"Wahrscheinlich", führt er fort, "wurde die Kontrolle über die Prozesse im Land dem Kreml übertragen. Die Europäer glauben aus irgendeinem Grund, dass im Kreml Spezialisten in belarussischen Angelegenheiten sitzen. Die Leute im Kreml zählen sich ebenso zu solchen und präferieren es, sich nicht daran zu erinnern, wie oft sie von Lukaschenko belogen und betrogen wurden. Wie seine Lügen den Kreml ca. 2 Milliarden Dollar pro Jahr kosteten." Lukaschenko ist ja ein Einzelfall und es wird keinen solchen noch einmal geben.", meinen die Europäer und Kreml-Leute. "Mit anderen wird es einfacher sein.", versuchen sie sich selbst einzureden. "Unser Belarusse lacht sich ins Fäustchen, denn er weiß genau, dass es ca. 9 Millionen von "solchen" gibt und dass unerwartete und unangenehme Überraschungen, sowie "Schwarze Schwane" von Nicholas Taleb, in der Situation vorprogrammiert sind. Der Selbstbetrug von Leuten, die gerne Schicksale der anderen bestimmen, wird ihnen im Endeffekt gutes Geld kosten.

"Warum ist es nicht offensichtlich", meint unser Belarusse, "dass diese Situation eine Art "München 2020" ist? Ein Versuch einen Konflikt einzudämmen und dabei denjenigen verschiedene Handlungsoptionen geben, der eben diesen angefangen hat und davon profitiert. Er kann und liebt es, aus der Position der Stärke und Gewalt zu sprechen, ohne dabei die Interessen der anderen Seiten des Konflikts berücksichtigen zu müssen. Die, die den Konflikt auf diese Art einzudämmen versuchen, sind offensichtlich weder zum Krieg noch zum Frieden bereit. Haben sie Schelling oder Geschichtsbücher über den 20. Jahrhundert je gelesen? Verstehen sie denn nicht, was weiter geschehen wird?" Der Belarusse atmet tief durch, schaltet gedanklich um und überlegt, wie er sich am besten für die kommenden Schwierigkeiten vorbereiten soll.

Es kann sein, dass der Belarusse sich womöglich irrt und in seine Wahrnehmung falsch ist. Er ist doch kein Politikwissenschaftler, hat keine Titel und Dienstgrade und ist auch kein Premierminister wie Chamberlain. Er kann aber auch Recht haben. Es ist bekannt, dass das Kriterium der Wahrheit die Praxis ist.

Wie liest sich diese Botschaft für Alexander Lukaschenko?

Da Lukaschenko ein wahrlich durchschnittlicher Belarusse ist, so kommt er in etwa

auf die bereits geschilderten Gedanken. Aber er denkt noch weiter. Vor den Anführern des Widerstands hat er keine Angst. Sie ärgern ihn nur zutiefst, aber das war es auch schon. Eine Junta ist für ihn nur gefährlich, wenn sie eine ernstzunehmende Unterstützung von Kreml bekommt. Sie erhält aber nur dann eine solche, wenn er das Problem der Ruhigstellung des Widerstands selbstständig nicht lösen können wird. Die Interessen der Europäer sind für ihn nebensächlich, da ihre Betriebe ihn mit der sehr wichtigen Fremdwährung versorgen. "Am Ende des Tages haben BMZ und A1 ohnehin keine Wahl. Ich werde ihnen mit einer Verstaatlichung drohen.", meint er, "Sollen sie doch bei einem beliebigen belarussischen Gericht darüber beschweren und ein Prozess gegen mich zu gewinnen versuchen, wenn ich alle Richter selbst ernenne. Ich werde das befehlen, was mir recht ist und das wird ausgeführt." Der Widerstand muss also dringend gebrochen werden. "Kein Problem!", denkt sich Lukaschenko, gibt entsprechende Weisungen und begibt sich zur Ruhe.

Manch Leser dürfte uns fragen, ob wir nicht zur Telepathie fähig sind. Dem können wir natürlich widersprechen. Jedoch nehmen wir den Rat "An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen", wörtlich. Die Lage bei Lukaschenkos Gruppe sieht zurzeit folgendermaßen aus:

- Von den Konten der Belarussen, die Opfer von Unterdrückung waren, wurden in etwa 750.000 Dollar außergerichtlich beschlagnahmt. Darunter waren Mittel, die von wohltätigen Organisationen bereitgestellt wurden. Die Beschlagnahmungen wurden auch in Priorbank durchgeführt, dessen Leiter der Honorarkonsul der Republik Österreich in Belarus ist.
- Die Konten von Personen, die ihre politische Position offen kundtun, werden gesperrt und ihre Kredite mit sofortiger Wirkung fällig gestellt. Dies hat zwar noch keinen massenhaften Charakter, wird aber nach unseren Informationen doch aktiv praktiziert.
- Es werden massenhaft legale Schusswaffen der Bevölkerung eingezogen. Bei der Mehrheit davon handelt es sich um Jagdflinten, die keine große Gefahr für gut bewaffnete, gepanzerte und trainierte Kämpfer der Spezialeinheiten darstellen. Nichtsdestotrotz wird den Bürgern sogar eine rein theoretische Möglichkeit genommen, sich zu wehren. Da werden Parallelen zur Reichskristallnacht erkennbar.
- Festnahmen werden sehr grob, bei Nacht, samt Demolieren von Türen durchgeführt. Festgenommen werden Aktivisten des Widerstands, deren moralische Unterstützer und auch zufällige Personen.
- Es werden massenweise Strafverfahren gegen Wahlbeobachter vom 9. August

2020 eingeleitet. Etwa wegen ihrer besonderen Gefährlichkeit? Von wegen; ihre Adressen und die Adressen derer, die für sie unterschrieben haben, wurden von den Wahlbehörden den Spezialeinheiten übergeben. Das bedeutet: sie werden eben nicht verhaftet, weil sie besonders gefährlich sind oder gar was verbrochen haben, sondern weil sie ohne großen Aufwand festgenommen werden können.

- Die Ärzte haben festgestellt, dass die Verletzungen der Personen, die angehalten wurden, sich wesentlich geändert haben. Den Angehaltenen werden gezielt und im großen Stil Verletzungen von Beinen, meist Kniegelenken, Fußgelenken und Unterschenkel zugefügt. Denn es ist schwer auf einer Demo mit gerissenen Bändern zu gehen, nicht wahr?
- Insgesamt kehrte die Gewalt auf das Niveau von August 2020 zurück. Auf den Straßen werden willkürlich Anhaltungen und Prügel ausgeübt. Am 11.11.2020, fünf Tage nach der Verkündung des "inklusive Dialogs", wurde Roman Bandarenko getötet. Er wurde nicht angehalten, sondern am Kopf geschlagen, bis er starb. Es war keine zufällige Eskalation bei einer polizeilichen Anhaltung, sondern eine demonstrative Tötung. Diese Tatsache kann durch viele Beweismittel und Zeugenaussagen belegt werden.
- Es begannen Unterdrückungen von Bevölkerungsgruppen, die vorhin eine gewisse Immunität gegen Verhaftungen hatten. Z.B. von Ärzten. Bei laufender Pandemie des Coronavirus, kann ein Arzt wegen schlichter Äußerung seiner politischen Meinung (keiner Teilnahme auf einer Demo), fünf bis zehn Tage Haft bekommen. Dabei interessiert es keinem, wie viele Patienten wegen seiner Abwesenheit im Krankenhaus sterben werden. Ein Fall aus der Praxis: eine Verwandte einer unserer Aktivistin erhielt 2 Monate Haft für das Halten eines Plakats mit der Aufschrift "Hände weg von den Ärzten". Sie ging auf die Straße, nachdem 23 Ärzte des Krankenhauses ihrer Kleinstadt verhaftet wurden.
- In den Gefängnissen werden keine Hygienevorkehrungen gegen die Verbreitung von Coronavirus unter den Häftlingen getroffen. Das geschieht neben der alltäglichen Folter, Prügel, Unterbringung in unbeheizten Räumlichkeiten und Schlafentzug. Angehörige der Sicherheitskräfte verbieten die Bereitstellung medizinischer Behandlung und isolieren ansteckende Kranke nicht.
- Vor kurzem wurde das belarussische "Gesetz über die Staatsbürgerschaft" novelliert. Ab sofort ist es möglich, Personen ihre Staatsbürgerschaft abzuerkennen und sie danach aus Belarus abzuschicken, wenn sie sich kritisch über die Staatsmacht, sprich Lukaschenkos Gruppe, äußern. Belarussischen Staatsbürgern wird ferner willkürlich verboten, nach Belarus einzureisen. Das

alles sind „gute“ Mittel für eine gesamtgesellschaftliche Debatte. Man entledigt sich von allen Andersdenkenden und genießt dann den einstimmigen Konsens.

Die rasante Verhärtung der Unterdrückung, die am 08.11.2020, also gleich nach dem Treffen in Wien begann, könnte man als bloßen Zufall bezeichnen. Jeder anerkannte Experte wird dies leicht beweisen können. Aus der Sicht eines durchschnittlichen Belarussen aber, der 26 Jahre lang die Art, mit der sich Lukaschenko um seine Angelegenheiten kümmert, verinnerlicht hat und auch von Kreml aus gesehen, welches die Lage nicht so gut wie der Belarusse versteht, aber doch gut genug; beide werden leicht die Botschaft herauslesen: „Ich bin stark und zerdrücke jeden, der mir im Weg steht. Die Russen brauchen mich und ich gebe ihnen das, was sie wollen und die Europäer geben mir das, was ich will. So war es und so wird es auch sein.“

Wenn Lukaschenko es schafft, die Straße „ruhig zu stellen“, bleibt er an der Macht. Wenn nicht... Dann wird die „Beruhigung“ eine Junta übernehmen, die aus Leuten besteht, die fähig sind, die Macht an sich zu reißen und dafür die Staatsgewalt zur Verfügung haben, die ihnen gehorcht. Wer es sein wird, wissen wir nicht. Bekannt ist, dass es Leute aus dem engsten Umkreis von Lukaschenko sein werden und diese keine „Schwächlinge“ sind.

Belarussische Sicherheitsdienste

Die belarussischen Sicherheitsdienste und das Innenministerium haben eine Botschaft generiert, die sich sowohl an ihren Chef, dem Kartellboss Alexander Lukaschenko, als auch die belarussische Zivilgesellschaft richtet. Neben den massenweisen Prügeln und Folter der Angehaltenen, haben sie vermehrt begonnen, psychischen Druck nach Vorbild der lateinamerikanischen organisierten Kriminalität auszuüben. Das wäre die Dehumanisierung des Gegners, seine Brandmarkung (vorerst nur mit einer nicht abwaschbaren Farbe) usw. Die Technik der nichttödlichen Erstickung ist ebenso neu. Es ist ersichtlich, dass der Mensch von Sauerstoffmangel stärker traumatisiert wird als durch Schmerzen, die durch Schläge entstehen. Dies ermöglicht es, den Angehaltenen maximal mögliche psychische Leiden mit Minimum Aufwand an Energie zuzufügen. Dabei wird das Opfer in einem halbtierischen Geisteszustand versetzt. Dabei setzt sich ein Reflex frei nach Pawlow fest: auf einen Polizisten in Uniform reagiert er mit unkontrollierbaren Angstzuständen.

Die Botschaft an den Chef klingt so: „Boss, wir haben die rote Linie überschritten und werden keinen Halt machen. Wir sind fähig, diesen Pöbel zu beruhigen.“ Der Zivilgesellschaft wird verlautbart: „Ihr nennt uns „Bestrafter“? Das stimmt. Wir

bestrafen euch wie Viecher wegen Ungehorsam. Und das ist erst der Anfang. Unser Recht ist das Recht der Stärke." Der durchschnittliche Belaruse macht daraus folgende Schlussfolgerungen:

- Die Sicherheitsdienste werden zu selbstständigen Akteuren und werden Lukaschenko gehorchen, solange er entsprechend ihrer Erwartungen handelt. Ansonsten wird seine Macht nicht mehr so absolut sein und er wird womöglich durch eine Junta ersetzt.
- Es wird keine Lockerungen der Unterdrückungen geben. Aus einem osteuropäischen Land verwandelt sich Belarus in ein mittelamerikanisches.

Botschaft von Belarus in Österreich

Offiziell heißt die Organisation, die die schöne Villa in der Hüttelbergstraße 6 in Wien innehat, "Botschaft der Republik Belarus in der Republik Österreich". Wie in unserer vorheriger Ausgabe erläutert, haben wir an diese Organisation eine Frage gerichtet, ob sie im Allgemeinen und Herr Botschafter Andrei Dapkiunas im Besonderen, sich an die Prinzipien des Rechtsstaates halten und das belarussische Volk zu vertreten beabsichtigen wollen, oder ob sie Teil von Lukaschenkos Gruppe sind und nur ihm vertreten. Wir möchten daran erinnern, dass wir berechtigt waren, eine sachliche Antwort auf unsere Frage zu verlangen. Wir waren auch zum Absehen von einer Antwort bereit. Das für den Fall, wenn die Botschaft verkünden möchte, dass sie, ihre Mitarbeiter und Andrei Dapkiunas persönlich, die Interessen von Lukaschenkos Kartell vertreten.

Wir waren einsichtig, dass die offene Bekundung der politischen Haltung gefährlich sein kann. Selbst für Diplomaten in Wien. Daher haben wir dafür gesorgt, dass das Botschaftspersonal sicher und verdeckt über Vertrauenspersonen diese Bekundungen tätigen kann. Wir haben um Dialog gebeten; haben unsere Hilfe, Zusammenarbeit und gute Beziehungen angeboten. Das insgesamt dreimal. Wir wissen ganz bestimmt, dass unsere Nachrichten den Adressanten erreicht haben. Eine Antwort haben wir **nicht** erhalten. Weder offiziell noch über verdeckte Kommunikationskanäle. Die Antwort der Botschaft ist daher eine folgende: "Wir repräsentieren Lukaschenko. Er ist unser Führer. Das belarussische Volk..? Welches Volk?"

Wenn Sie als Leser dieser Zeilen sich aus bestimmten Gründen mit Andrei Dapkiunas oder seinen Mitarbeitern austauschen müssen, sollen Sie beachten, dass diese Menschen ausschließlich Lukaschenkos Gruppe vertreten. Die Gruppe ist sehr mächtig. Das gilt aber lange noch nicht als Grund, sie mit Belarus gleichzusetzen. Denn das

Kartell Sinaloa ist sehr stark, jedoch gibt es keinen von ihren Vertretern, die in Wien Mexiko repräsentieren.

Vom Kriege

Es ist wenig wahrscheinlich, dass das Spiel um den Osten auf das Niveau des Zweiten Weltkriegs eskaliert. Generell gehören Konflikte, wo Panzer über Europa zu fahren beginnen, eher der Vergangenheit als Zukunft an. Dies bedeutet aber nicht, dass die Parteien des Spiels um den Osten keine große bis katastrophale Verluste davontragen könnten. Ebenso heißt es nicht, dass irgendeine Partei einfach und ohne Verluste, nach Gutdünken das Spiel verlassen kann. Die Teilnahme daran hat einen absoluten Charakter.

Für Sie als Leser werden wohl die Risiken Österreichs interessant, die mit der Teilnahme am Spiel einhergehen und ob sie etwa überhaupt vorhanden sind. Sehen wir uns das Ganze im Detail an:

Lukaschenko stützt sich auf den von ihm gesteuerten Apparat der Staatsgewalt. Er ist durch ihn, das Völkerrecht und der Anerkennung der internationalen Gemeinschaft geschützt. Ja, Sie haben richtig gelesen: eine Anerkennung ist auch vorhanden. Das tatsächliche (also nicht nur zum Schein betriebenes) Ausbleiben von Anerkennung würde in Wahrheit folgendes bedeuten:

- Nichtannahme von diplomatischen Beglaubigungsschreiben, die von Lukaschenko unterschrieben wurden.
- Aberkennung des diplomatischen Status aller seiner Botschafter.

Solange das nicht praktiziert wird, ist Lukaschenko und seine Gruppe sehr gut geschützt. Er ist darauf erpicht, auf der Eskalationsschiene zu spielen. Das bedeutet, dass er auch tatsächlich das Spiel eskalieren wird. Außerdem muss er das machen, weil er in Zeitnot ist.

Wie wir in unseren vorherigen Ausgaben geschrieben haben, verlangt Kreml unter Androhung seiner Absetzung von Lukaschenko folgendes: die Straße bis Anfang 2021 zu beruhigen und eine Verfassungsreform durchzuführen. Mit dem zweiten gibt es keine Probleme. Das Pseudoparlament ist schon bereit, die neue Verfassung festzulegen. Das erstere bereitet aber große Sorgen: die durchschnittlichen Belarussen wollen sich nicht beruhigen lassen und wollen ihr Land selbst regieren. Dieses Problem versucht Lukaschenko durch seine typischen Methoden zu lösen: durch Terror und Verbannung des protestierenden Teils der Bevölkerung aus dem Land.

Diese Lösung erzeugt aber ein neues Problem: der Teil der Bevölkerung, der am meisten politisch gegen ihn aktiv sind, ist eine immanente Ressource in der exportorientierten belarussischen Wirtschaft. Die belächelten Studenten mit ihren Laptops in den Rucksäcken und hochqualifizierte Arbeiter, generieren in etwa 30% der Exporte Belarus', in dem sie in IT-Firmen, den Betrieben der Rüstungs-, chemischen und elektrotechnischen Industrie arbeiten. Sie alle können das Land verlassen und manchen es bereits. Sie streiken und nehmen somit Lukaschenkos Kartell die Fremdwährungseinnahmen weg. Diese Einnahmen sind ihm wichtig, um den Terror auf der richtigen Ebene aufrecht zu erhalten, damit das Land binnen der Frist ruhiggestellt wird, die ihm die Russen gestellt haben. Ein Teufelskreis, doch es gibt einen Ausweg.

Österreichisches Vermögen in Belarus

Beispiel A1: Kann A1 ihr Geschäft aus Belarus verlagern? Nein. Daraus ergibt sich die nächste Frage: Was wird passieren, wenn A1 "verstaatlicht" wird? Dies würde für A1 Telekom Austria Group einen Verlust des Marktes und von 450 Millionen € Jahresumsatz bedeuten. Für Österreich (Bund), Eigentümer von 28% der A1 Telekom Austria Group, bedeutet das 150 Millionen € Verlust des Jahresumsatzes und eine ersthafte Auseinandersetzung mit dem mächtigen Slim-Clan, Mehrheitseigentümer des Unternehmens. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass A1 eine führende Rolle in der Bereitstellung der kritischen Infrastruktur in Österreich spielt, wird die "Verstaatlichung" ein gravierendes Problem sein. Unter Ausnutzung der Situation, kann Lukaschenko mit Androhung einer "Verstaatlichung", sprich Wegnahme von A1, vieles von Österreich verlangen. Das macht er auch. In derselben Situation befinden sich neben A1 auch Kapsch, Kronospan, Raiffeisen und die Vienna Insurance Group.

Diejenigen, die an der Wahrhaftigkeit eines solchen Schemas zweifeln, ist es zu empfehlen, sich an Herrn Kostjuchenko zu wenden und ihm darum bitten, zu erzählen, wie Lukaschenkos Gruppe das russische Unternehmen Baltika gezwungen hat, die Produktionslinie in der Brauerei Krynica, beinahe kostenlos zu revitalisieren. Seine Bank hat bei der Abwicklung dieses Vorgangs aktiv mitgewirkt. Dies ist zwischen 2001 und 2004 geschehen und war eine von unzähligen Kampagnen der Wegnahme oder Erlangung völliger Kontrolle über profitable Unternehmen, unabhängig davon, wem diese gehören. Lukaschenko war damals jung, unfähig und abhängig von russischen Eliten. Dies hat ihm aber nicht davon abgehalten, in dem Stil weiterzumachen. Kann man sich tatsächlich sicher sein, dass jetzt Lukaschenko, der heute alt, erfahren, sehr reich ist und ihm der gesamte Staatsapparat von Belarus unwidersprechlich gehorcht, von einer abermaligen Wegnahme absehen wird? Sicher nicht. Mit der Drohung von

Wegnahmen erreicht er seine Ziele: er zwingt der Republik Österreich, ihrer Führung, Geschäften und Wirtschaft seinen Willen auf und zwingt sie, Lukaschenkos Gruppe mit notwendiger Fremdwährung und internationaler Anerkennung ihrer Vertreter zu versorgen.

Das belarussische AKW

Es ist bekannt, dass auf dem belarussischen AKW, von Rosatom gebaut, eine Kettenreaktion gestartet wurde. Der Probestart endete mit einem Unfall. Ebenfalls bekannt sind die Tatsachen, dass der Bau des AKWs mit Verstößen gegen Sicherheitsbestimmungen vonstatten ging, die Gehäuse der Reaktoren bei der Montage beschädigt wurden, bei der Projekterstellung die Protokolle über den grenzüberschreitenden Datenaustausch nicht eingehalten wurden und dass das Sparen an der Bauqualität der Standard war. Weniger bekannt ist hingegen, dass die Standards bei der seismologischen Untersuchung ebenfalls nicht eingehalten wurden.

Kurz gesagt, in Osteuropa gibt es ein AKW, das nicht nur abstrakt gefährlich ist, wie jedes Objekt, wo viel Energie umgesetzt wird, sondern es ist gefährlich by design. Mit Treibstoff gefüllt und in Betrieb gesetzt. Was war aber der Sinn des Baus eines solchen Kraftwerks? Der Sinn ergibt sich daraus, dass derjenige, der ein Kraftwerk baut, diesen auch wartet. Das ist ein vendor lock-in, die Bindung eines Kunden an die eigene Technologie, welches dem Lieferanten eine Sonderstellung und diesem die Möglichkeit einräumt, seine Bedingungen zu diktieren. Für Russland und Rosatom ergibt das Sinn. Im Austausch gegen die Bindung der Republik Belarus erhält Lukaschenkos Kartell den Zugang zu ihm wichtigen Ressourcen Russlands. Aus dieser Sicht profitiert auch Lukaschenko. **Das Land an sich hingegen, ist kein eigenwilliger Akteur in dieser Sache.**

Sie mögen meinen, dass das alles weit von Ihnen entfernt ist. Das es gefährlich ist, ist nicht so schlimm, da es nur für Belarussen ein Problem darstellt. Auch die 50 km Entfernung zur Hauptstadt der Republik Litauen ist verkraftbar. Schließlich müssen sich nur Litauer damit auseinandersetzen. Wir müssen Ihnen Leider wahr machen, dass die Lage ernster ist, als es scheint. Die zu erwartenden Folgen bei einem GAU wurde im Rahmen des Projekts "flexRisk" analysiert. Details dazu sind hier aufrufbar (<http://flexrisk.boku.ac.at/en/sites/ostr/index.html>). Nach der durchsicht werden Sie kaum noch optimistisch bleiben können.

Immer noch nicht gefährlich genug? Dann "freuen" wir uns, Ihnen mitzuteilen, dass sich Rosatom bereit erklärt hat, ein zweites AKW in Belarus zu bauen. Wir können

zwar nicht berechnen, wievielt die Wiedergutmachung des Schadens der EU und ihrer Nettozahlerin Österreich kosten wird, aber wir erlauben uns zu vermuten, dass es **sehr viel Geld und Menschenleben kosten wird**. Das Schicksal dieses Geldes und der Menschenleben befinden sich in Lukaschenkos Händen.

Lukaschenko würde nicht Lukaschenko sein, wenn er das AKW nicht als Druckmittel gegen die EU und Österreich als Nettozahlerin einsetzen würde. Folgende Szenarios sind denkbar:

- Das AKW wird auf das projizierte Leistungsniveau hochgefahren.
- "Rein zufällig" werden Dokumente geleakt, die beweisen, dass das AKW gefährlich ist und abgeschaltet werden muss.
- Länder, die vor einer Katastrophe stehen, setzten sich für eine Untersuchung ein.
- Von Lukaschenko wird verlangt, dass er das AKW abschalten soll und "oh Wunder", er stimmt dem zu.
- Jedoch braucht er sehr viel Geld für die Schließung des AKWs und für die Reparatur der alten thermischen Kraftwerke.
- Er erhält das Geld, wobei ein Teil davon sofort in seine Taschen fließt.

Das ist eine gut durchdachte Vorgehensweise, die in Begleitung mit dem Druck auf das Vermögen, die Finanzierung des Kartells durch die EU für die nächsten 10-15 Jahre sichern wird. Wir sind aber davon überzeugt, dass Lukaschenko noch mehr Überraschungen aus seiner Trickkiste parat hat.

Fazit

Ist das vorhin beschriebene ein Krieg? Laut Clausewitz, ja.

Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen. -Clausewitz: *Vom Kriege, Buch I, Kapitel 1, Abschnitt 2*

Richard Brian Ferguson definiert „Krieg“ **als eine zielgerichtete Handlung einer zumeist organisierten Gruppe gegen eine andere Gruppe, die die potentielle oder tatsächliche Anwendung von Gewalt in Anspruch nimmt.**

Wir können noch weitere Definitionen aufzeigen, der Sinn bleibt derselbe. Österreich, ein Land, das wir lieben, mitbauen; unser Land, wurde in einen Krieg hineingezogen.

Das ist keine Meinung und kein Standpunkt, sondern ein gut belegbares Faktum. Die Frage ist nur, wie man damit umgeht.

Man kann es leugnen. Es ist leicht, den Kopf in den Sand zu stecken, wie es die Sträusse machen. In unserem Fall ist aber der Strauß in einem Käfig mit einem Boden aus Beton. Das Ignorieren der Realität endet meist schmerzhaft.

Es ist auch möglich, beim International Institute for Peace (IIP) eine Forschung anzufordern, die beweisen soll, dass man aus einem Krieg jederzeit aussteigen kann. Dafür muss man einen Frieden nur ganz fest wollen. Man könnte sich noch endlos über Frieden Gedanken zerbrechen und sagen, dass "die doch nicht zu solchen Übeltaten fähig sind" oder, "dass wir da leider nichts machen können". Wir würden noch versuchen, nach Vorbild einer Dame aus dem IIP zu behaupten, dass "man sich immer auf was einigen kann". Das Vertrauen den unterschriebenen Verträgen, wie einst Kaiser Karl IV oder Chamberlain oder dem Prinzip "es gab es noch nie, dass es sich nichts irgendwie ergab; irgendwie kommen wir da raus", zu schenken, ist auch eine Option. Das Resultat wird derselbe sein: Es wird gute und unaggressive Menschen geben, die um Frieden **bitten** und einen Aggressor, der ihnen den Frieden **gibt**. Wir alle gehen auf den Boden, der viele Knochen der Menschen enthält, denen Freiheit, Eigentum oder Leben, oder alles zusammen, im Austausch für eine Frieden genommen wurde. Sie haben darum gebeten und haben es erhalten. Der Pakt wurde somit eingehalten.

Man kann auch realisieren, dass wenn schon das Land in einen Krieg verwickelt ist, dann ist die einzige gewinnbringende Strategie, diesen Krieg zu führen und schließlich zu gewinnen. In ihm verständlicher Sprache soll man dem Aggressor erklären, dass er große Fehler gemacht hat und er sich sehr schnell überlegen soll, welche Ausdrücke er für seine Bitte um ein Frieden wählen will und was er anbietet, um gehört zu werden. Die einzig verständliche Sprache, ist die der Stärke und Gewalt. Das bedeutet aber nicht, dass man alle 16 Eurofighter in die Luft heben und dann nach Belarus schicken soll, um die Residenz von Lukaschenko und die Stützpunkte seines Kartells zu bombardieren. Es gibt viel effektivere Mittel.

Stellen wir uns nur als Beispiel vor, A1 evakuiert all ihre Schlüsselkräfte aus Belarus und blockiert danach die gesamte Netzwerktechnik. Dasselbe macht die Firma Kapsch, der Betreiber des Bezahlsystems für Mautstraßen und Lieferant vom schnellen Geld für das Kartell. Priorbank und OeKB stoppen alle Transaktionen und verbringen das gesamte Geld außer Landes. Red Bull stoppt seine Lieferungen. Es wird verboten, mit Wertpapieren der Republik Belarus und all ihrer Staatsbetriebe an der Wiener Börse zu handeln und es beginnt ein echtes (kein Schein nur zum Schein betriebenes) Suchen nach dem Vermögen des Kartells in Österreich. Alle Diplomaten, außer der

Botschafter und sein Fahrer, werden zu *personae non grata* erklärt. Gegen Rosatom werden gemeinsam von der EU und den USA Sanktionen eingeführt, weil Russland gegen völkerrechtliche Verträge über die Atomenergie verstoßen hat. Ein starker Schritt? Definitiv! Er ist so heftig, dass allein seine Androhung durchaus wirksam sein wird.

Wie wird sich Lukaschenko verhalten, wenn er die Botschaft bekommt: "Du sagst noch ein Wort, welches Österreich zufällig als Hinweis auf eine Drohung gegen ihre Interessen verstehen könnte, dann werden wir mit der Einleitung der Maßnahmen aus der bereits erklärten Liste beginnen und mit solchen beenden, die uns noch einfallen. Wir haben den Einfallsreichtum und die Möglichkeiten."? Bestimmte Reaktionen können wir nicht voraussagen. Vermutlich wird er in Hysterie verfallen oder einen Schlaganfall bekommen. Oder auch nicht. Das wichtigste ist nur, dass er und die, die die Junta nach seiner Eliminierung leiten werden, sehr behutsam mit österreichischen (europäischen) Interessen und Vermögen umgehen werden. Das wird ein Schritt zur Beendigung des Krieges sein. Ein Schritt in Richtung Frieden nach den Bedingungen der europäischen Demokratie und nicht nach den Bedingungen einer Gruppe von Sadisten und Mörder.